

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010 , Seite 3

Pension Deutschland

Rentner haben sich im Emsland ein Dorf gebaut, in dem sie unter sich sind. Ist das die Zukunft eines alternden Landes? Oder ist es das Ende des Zusammenlebens der Generationen? Eine Reise durch die Republik im Ruhestand.
Von Hilmar Klute

Meppen - Auf einer Frühlingsreise durch die Republik der zunehmenden Alterung gelangt man neuerdings zwangsläufig ins Emsland, das flach und so gut wie niederländisch am Rand von Niedersachsen liegt. Am Bahnhof von Meppen wartet Christa Springfield, die Kümmerin. Den Namen hat sie in großen weißen Buchstaben auf ihrem blauen Sweatshirt stehen: Kümmerin, das klingt ein bisschen nach einer Figur aus einem Brecht-Stück, allerdings ist Frau Springfelds Bühne noch im Aufbau begriffen. Die 56-jährige gelernte Altenpflegerin hat mit ihrem kranken Mann einen Bungalow im ersten deutschen Seniorendorf bezogen, das noch etwas karg und provisorisch am Rand des Dortmund-Ems-Kanals steht - Wälder gruppieren sich drumherum, und bald wird eine Schranke signalisieren, dass hier eine eigene kleine Stadt beginnt, mit 44 Häusern und einem Gemeinschaftszentrum in der Mitte - das erste deutsche Gerontopolis.

In den USA, vor allem in Florida, gibt es diese Wohnform bereits seit den dreißiger Jahren, vielleicht auch, weil man sich dort - anders als in Deutschland - schon länger Gedanken über das Alter macht und die Perspektiven auslotet, die es gibt, wenn sich der Großteil der Perspektiven erübrigt hat.

Wie soll man leben, wenn man über siebzig ist - allein, zu zweit oder mit mehreren Alten zusammen? Soll man mit ganz vielen jüngeren Menschen unter einem Dach wohnen und so tun, als wäre man in Wahrheit noch gar nicht richtig alt? Wird in Deutschland die Generation der heute Vierzigjährigen in dreißig Jahren nur noch in bunten Wohngemeinschaften leben, miteinander vernetzt wie alte Spinnen? Oder werden wir alle einsame graue Wölfe sein?

"Jedenfalls ist das Alter unter den unterhaltsamen Schreckensvisionen ein relativ junges Sujet", schreibt die Literaturwissenschaftlerin Hannelore Schläffer.

Seit ein paar Jahren übertreffen sich mehr oder weniger berufene Geriatrie-Experten gegenseitig mit gruseligen Zukunftsvisionen. Von kommenden wilden Verteilungskämpfen zwischen Jungen und Greisen schreibt Frank Schirrmacher, der Soziologe Meinhard Miegel mahnt, dass die jungen Generationen nicht mehr verständnisinnig lächelnd zusehen werden, wenn rüstige Rentnerinnen Tauben füttern anstatt zu arbeiten. Und sicher ist: In vierzig Jahren wird es doppelt so viele Sechzigjährige geben wie heute.

Natürlich denken einige schon darüber nach, wie man der unterhaltsamen Schreckensvision Alter ein wenig Schrecken nehmen und ein bisschen mehr Unterhaltung zumessen kann. Aber die Alten sind sich selbst nicht ganz einig, was das Richtige für später ist. Es gibt Fraktionen - die einen wollen betreut werden, aber möglichst unter sich bleiben; die anderen bestehen darauf, mit den nachfolgenden Generationen perfekt verknüpft zu sein. Dann gibt es welche, und es sind nicht wenige, die sich das Leben nach der Arbeit komplett anders vorge-

stellt haben, als es leider geraten ist. Man findet von allen Gruppen Vertreter in diesem Land.

Für die acht Menschen, die jetzt schon im Meppener Seniorendorf leben, steht Christa Springfield, die Kümmerin, Tag und Nacht bereit, macht Behördengänge für die Alten, denn sich durchzusetzen, das hat sie gelernt. Früher hat Christa Springfield in Pflegeheimen gearbeitet, wo sich die Bedürfnisse der Bewohner nach den Dienstplänen zu richten haben und nicht, wie es eigentlich sein müsste, die Pläne nach den Menschen. Sie wollte das jedenfalls nicht mehr; sie konnte das auch nicht mehr mittragen, sagte sie. Hier im Meppener Seniorendorf dürfe dagegen jeder selbstbestimmt leben.

Bis es nicht mehr geht.

Frau Springfield ist eine kleine, agile Frau, und sie sagt, man müsse sich irgendwann im Leben eingestehen, dass nichts mehr kommt; dass man sich von bestimmten Träumen einfach verabschieden muss.

Draußen tropft der Regen in die ausgehobenen Lehmgruben, ein paar Dachdecker stehen schon seit einer Weile im Schlamm, und der Mann, der jetzt ins Haus der Kümmerin kommt, ist der Architekt und Unternehmer Josef Wulf. Er hat das Seniorendorf in Meppen gebaut. Wulf ist am Tag zuvor 65 geworden; er ist im Rentenalter, theoretisch. Denn Wulf will noch fünf Jahre arbeiten und erst dann selbst in das Seniorendorf hier ziehen, ein Grundstück ist schon reserviert. Er schwärmt immer noch so von seiner Idee, als habe er sie erst in der vergangenen Geburtstagsnacht entwickelt. Er wolle etwas für den Durchschnittsrentner tun; wer immer fleißig eingezahlt habe, könne sich die Miete hier leisten: 640 Euro koste das größte, 470 das bescheidenste Haus. Und wer mit vierzig einen Bungalow kaufe, habe die beste Alterssicherung, die man sich denken kann, sagt Wulf in seinem behaglichen Akzent mit dem münteferingisch gerollten "R". "Mietnomaden", sagt Wulf, "gibt"s hier nicht."

Nein, hier gibt es Leute wie Marliese und Johannes Tenbusch, die im vergangenen September in einen der Bungalows gezogen sind. Einer ihrer Söhne hat das Haus gekauft - als Investition - und wenn es nach Herrn Tenbusch gegangen wäre, hätten er und seine Frau sich schon früher nach einer Möglichkeit für betreutes Wohnen umgesehen. Denn zu den Tenbuschs kam das, was im Alter zu vielen Menschen kommt: die Arthrose und die Probleme beim Treppensteigen und überhaupt die Mühen des täglichen Lebens. Also bitte: betreutes Wohnen? "Aber meine Frau sagte, da sind ja nur alte Leute."

Wäre denn dann nicht ein Mehrgenerationenhaus das Richtige gewesen?

Nein, davon will Frau Tenbusch auch nichts wissen: Mit 75 möchte man seine Ruhe haben, und ihr Mann sagt, er könne sich nicht denken, dass man zwanzig Jahre lang getrennt von den Kindern gelebt hat und im Alter wieder zusammenzieht. "Mag sein, dass das wieder kommt", ergänzt Herr Tenbusch, aber er selbst will nicht so recht daran glauben. Die Alten wollten unter sich sein und die Jungen auch.

"Eine heute umstrittene Frage ist", schrieb Simone de Beauvoir in ihrem großen Essay über das Alter, "ob es den alten Menschen guttut, ausschließlich untereinander zu leben."

Wenn Madame de Beauvoir mit dieser Frage in der Bremer Wohngemeinschaft von Henning Scherf vorstellig geworden wäre, hätte sie sich aber was anhören können - von wegen "umstritten" und "ob es guttut". Henning Scherf hatte dem Besucher zuvor noch tiefstimmig auf die Mailbox gesprochen, dass er den Termin um drei wohl nicht werde einhalten können, weil er ja noch die Besichtigung einer Demenz-WG vor sich habe. Dort will er demnächst für zwei Wochen zur Probe einziehen, sagt er.

Der 71-jährige Henning Scherf ist so etwas wie ein experimenteller Alter, einer, der sich überall vorführen lässt, wie man in späten Jahren leben kann ohne zu versauern. Er will überhaupt nicht akzeptieren, dass Alte etwas anderes möchten, als in integrierten Nachbarschaften und mit generationsübergreifenden Projekten zu leben.

Die Stadtvilla nahe dem Bremer Bahnhof - hier wohnt der frühere Bremer Bürgermeister mit seiner Frau und acht weiteren, meist gleichaltrigen Freunden -, behauptet sich als schmuckes Überbleibsel aus den Gründerväterjahren inmitten von eng aneinandergereihten Zweckbauten. Früher hat hier der Schwager des Dichters Rainer Maria Rilke gelebt. Heute sieht es innen aus wie in einer Studenten-WG, deren Mitglieder nicht auf Bafög angewiesen sind. Helle Bücherregale, die Wände voller Bilder, auf denen Kinder zu sehen sind - es ist eine gediegen lässige Atmosphäre, und man könnte sich denken, dass Scherf gelassen Bein auf Bein legt und vorzüglich von den Freuden des Hedonismus der fortgeschrittenen Jahre schwärmt.

Aber Henning Scherf ist in Altersfragen ein Radikaler, und er sitzt in kerzengerader Haltung auf dem Sofa, einen braunen Schal um den Hals geschwungen, und nippt eher selten aus dem Krug mit heißem Wasser, seinem bevorzugten Getränk. "Dieses Trennen der Generationen ist nicht im Interesse der Leute", sagt Scherf und schimpft darüber, dass es Menschen gebe, die sich mit Altenbunkern eine goldene Nase verdienen "und unsere Milieus segregieren". Die Menschen würden durch Altenheime und Seniorendörfer in die Einsamkeit und Bedeutungslosigkeit entlassen. "Es ist so was von gestrig, es ist gegen das Interesse der Leute. Aber es hat Konjunktur." Nun möchte man als sozialfroher Mensch gerne ja sagen zu Scherfs Bündniswünschen - allerdings spricht die Altersforschung eher für das Gegenteil.

Nach einer Studie des Deutschen Zentrums für Altersfragen sind die meisten Alten an der großen Mehrgenerationen-Lebensform-Bastelei weniger interessiert, als man glauben möchte. Marina Schmitt von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie in Dortmund sagt, dass höchstens fünf Prozent der Senioren in Alten-Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationen-Anlagen leben möchten: "Auch wenn neue Wohnformen immer stärker propagiert werden - die meisten Alten leben allein oder zu zweit. Und das wird sich in der Zukunft fortsetzen."

Auch der renommierte Altersforscher Clemens Tesch-Römer hält das Jung-Alt-Bündnis eher für einen Mythos. Es werde mehr über Wohngemeinschaften und Mehrgenerationen-Häuser geredet, als dass letztlich in ihnen gewohnt wird, zitiert er eine Kollegin. "Ich vermute", sagt Tesch-Römer, und das sei auch durch empirische Studien belegt, "dass der Wunsch danach nicht sehr stark ist."

Scherf und seine Freunde haben ihr Bremer Haus jedenfalls altersgerecht umgebaut, im ehemaligen "Schiegang" fährt der Aufzug, und alle treffen sich jeden Samstag zum gemeinsamen Frühstück in jeweils wechselnden Wohnungen. Eigentlich hatte Scherf ja eine richtige

Wohngemeinschaft vorgeschwebt, aber das war mit den anderen nicht zu machen. Wenn man mit dem Beruf fertig ist, werde man auf das soziale Netz zurückgeworfen, schreibt Scherf in seinem Buch "Grau ist bunt". Aber in Wahrheit, sagt er, wollen die Alten beteiligt und nicht nur Gegenstand von barmherziger Fürsorge von anderen sein. "Das ist eine Chance für die Gesamtgesellschaft."

Irgendwann öffnet Henning Scherf die Tür zum recht weitläufigen Garten, der in dieser Jahreszeit eher grau als bunt ist. Er weist den Weg zum Bahnhof und führt den scheidenden Gast sehr fürsorglich in die Problematik des aktuellen Wetters ein: "Es regnet. Können Sie damit umgehen?"

Die Scherfs, die Tenbuschs - sie gehören zu denjenigen Alten, die man in den USA "Wollies" nennen würde - well off older people - Alte, denen es finanziell gut geht. Und weil sie alles andere als eine Minderheit in Deutschland darstellen, orientiert sich an ihnen auch die Angebotspalette vom Wohnungsbau über die Freizeitgestaltung bis hin zur Entscheidung, wie man sterben möchte.

Früher war der Greis einfach nur der Greis - anspruchslos und vorzüglich mit den Gebrechen des Alters beschäftigt. Heute heißen die Greise Senioren und gruppieren sich noch einmal in verschiedene Altersgruppen ein.

Der frühverrentete 62-Jährige ist ein anderes Seniorenkaliber als der 75-Jährige, der sich auf die Promotion vorbereitet und sich auch wieder vom 85-jährigen Weltenbummler abhebt. Und natürlich handhaben all diese verschiedenen Generationen ihre jeweiligen Kulturtechniken für das Alter.

"Das Seniorendasein", schreibt Hannelore Schläffer in ihrem Buch über das Alter, "ist eine Existenzform, die sich tüchtige Spezialisten, Ärzte, Reiseunternehmer, Museumsleute, Universitätsprofessoren für die ältere Generation ausgedacht haben."

Und schon bald wird sich die Generation der Blogger und Internet-Communities in die Generation der Senior-Blogger verwandelt. Der Heidelberger Alterspsychologe Hans-Werner Wahl glaubt, dass die Alten von morgen etwas ganz anderes meinen werden, wenn sie von Kontaktfreudigkeit im Alter reden. Überhaupt müsse man aufhören, ständig nur über Wohnformen zu philosophieren. Es dürften in diesen nicht sehr fernen Zeiten, sagt Wahl, auch neue Formen des einsamen Wolfs auf den Plan treten. Denn es wird auch immer mehr alternde Singles geben. Und das werden Zeiten sein, in denen wohl auch kein Mensch mehr von traurigem Greisentum reden würde, wenn eine alte Dame allein am Kaffeetisch sitzt, vor einem Bildschirm.

Das Virtuelle wird ein Teil der Seniorenwirklichkeit sein.

Heute ist allerdings auch noch das Finanzielle ein Teil der Seniorenwirklichkeit, besonders dann, wenn es sich nicht ausgeht wie bei Irmgard Berger (Name geändert), die früh am Morgen im Büro der Seniorenhilfe "Lichtblick" im Münchner Stadtteil Haidhausen sitzt. Wer hier durch die Balanstraße geht, gewinnt schnell den Eindruck, dass die ganze Gegend auf Alter getrimmt ist: das große Altenzentrum Au mit den Ankündigungen für den Nachmittag der

türkischen Senioren jeden Montag ab 14 Uhr. Gegenüber die Bäckerei, die immer dienstags ein Seniorenangebot mit Kuchen und Kaffee bereithält.

Im "Lichtblick" erzählt Frau Berger, 63 Jahre alt, wie sie jeden Monatsanfang einen Finanzplan aufstellt. Sie bekommt eine Grundsicherung von 880 Euro und eine Zusatzrente von 120 Euro - damit kann man in München nicht besonders gut leben. Frau Berger nimmt die Münchner Tafel in Anspruch, und sie hilft dort denen, die es noch weniger üppig haben. Und dass die immer mehr werden, stellt Lydia Staltner fest, die den Seniorenhilfverein Lichtblick leitet: "Wir betreuen 1500 Menschen, und jede Woche kommen drei bis vier dazu."

Lydia Staltner legt einen großen Leitz-Ordner auf den Tisch mit Anträgen auf Unterstützung - es ist eine Anthologie der Alters-Entzauberung.

"Das ist doch deprimierend", sagt Frau Berger, "wenn man im Alter so leben muss." Irmgard Berger ist eine zierliche Frau, sie trägt ein schönes Halstuch und legt wert auf ihr Äußeres. Man sieht es ihr an, dass sie den dringenden Wunsch hat, ihre Würde aufrechtzuerhalten und an der Gesellschaft teilzunehmen. So wie es die Soziologen fordern, und so wie Henning Scherf es will.

Auf welche Weise sich der Alte von morgen in der Gesellschaft wiederfindet, hängt auch davon ab, was die Gesellschaft vom Alten will, oder der Alte von der Gesellschaft wollen darf. Bis dahin werden manche noch einiges ausprobieren. Henning Scherf wird in seinem Bremer Haus wohl immer deutlicher erkennen, ob sich Alte wirklich einander das Leben leichter machen können. Und im Meppener Seniorendorf wird eine große Gemeinschaft entstehen mit einsamen Wölfen und kontaktfreudigen Menschen sowie einer Kümmerin, die vielleicht irgendwann auch eine Kümmerin brauchen wird.

Johannes Tenbusch ist eigentlich ganz froh mit dem Leben, das er jetzt in Meppen, in dem Dorf am Heideweg, hat. "In der Gesellschaft", sagt er, "da war ich lange genug."

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010, Seite 3

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010 , Seite 6

"Zwei Jahre Pflegezeit reichen nicht"

Ein Heimleiter, eine pflegende Tochter und ein Wirtschaftsvertreter diskutieren darüber, wie kranken Menschen und ihren Angehörigen wirklich geholfen werden kann

Familienministerin Kristina Schröder will pflegende Angehörige entlasten: Sie sollen ihre Arbeitszeit für bis zu zwei Jahre um 50 Prozent reduzieren dürfen und dafür 75 Prozent ihres Lohns bekommen. Später sollen sie so lange für 75 Prozent des Gehalts wieder voll arbeiten, wie sie vorher in Teilzeit waren. Doch hilft ihr Vorschlag wirklich weiter? Die SZ sprach mit einer Frau, die neben dem Beruf ihre demenzkranke Mutter pflegt, einem Heimleiter und einem Wirtschaftsvertreter.

SZ: Herr Brossardt, wie wollen Sie gerne alt werden?

Brossardt: Ich will gerne in der Familie alt werden. Ich empfinde das als Teil des Vertrags, der mich menschlich mit meiner Frau und meinen Kindern verbindet. Ich versuche aber, auch finanziell Vorsorge zu treffen, sodass eine Pflege im Heim theoretisch möglich wäre.

SZ: Herr Peter, ziehen Sie später in eines der Heime der Münchenstift?

Peter: Wenn ich in ein Heim muss, ja, dann würde ich dahin gehen.

SZ: Frau Löbenfelder, Sie pflegen Ihre demenzkranke Mutter zu Hause und arbeiten gleichzeitig in Vollzeit. Wie ist das zu schaffen?

Löbenfelder: Es ist eine Gratwanderung, um jedem gerecht zu werden - dem Unternehmen, mir und meiner Mutter. Ich habe zum Glück die Chance, von den Arbeitszeiten her relativ flexibel zu sein. Aber ohne die Hilfe von Pflegediensten, Organisationen und Betreuern, die ich selbst organisiert habe, könnte ich das nicht stemmen. Ich selbst muss ja auch irgendwie leben.

SZ: Würde Ihnen eine Pflegezeit, wie sie jetzt von Familienministerin Schröder vorgeschlagen wurde, helfen?

Löbenfelder: Ich pflege meine Mutter schon mehr als zehn Jahren. Ihr Zustand hat sich in der Zeit kontinuierlich verschlechtert. Mit zwei Jahren würde ich nicht hinkommen. Mir gefällt auch die finanzielle Seite des Vorschlags nicht: Man muss Einbußen hinnehmen, nicht nur, während man den Menschen pflegt, sondern auch danach noch. Aber wenn ich meine Mutter weiter zu Hause behalten will, wie soll ich dann mit dem geringeren Einkommen auskommen?

SZ: Herr Brossardt, Sie haben öffentlich Vorbehalte gegen die Pflegezeit geäußert. Warum sind Sie gegen den Vorschlag?

Brossardt: Weil er vom tatsächlichen Problem ablenkt und an der Realität der Pflege vorbeiläuft. Zwei Jahre reichen nicht. Fast die Hälfte der pflegebedürftigen Menschen wird länger

als vier Jahre gepflegt, jede dritte Pflege dauert fünf bis 14 Jahre. Außerdem braucht es für Frau Schröders Konzept eine Familie. Die Ministerin übersieht, wie stark die Zahl der Single-Haushalte wächst: Bei den über 50-Jährigen sind es schon über sieben Millionen. Aber Single-Haushalte und häusliche Pflege passen nicht zusammen. Wir müssen uns alle darüber klar werden, dass wir für Pflege insgesamt mehr bezahlen müssen. Den Versuch, das auf die Arbeitswelt und insbesondere den Arbeitgeber abzuschieben, ohne eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung anzugehen, halte ich für falsch.

Peter: Da bin ich mit Ihnen völlig d'accord. Aber wenn die Politik so tut, als könnte sie mit solchen Vorschlägen dem Problem nur annähernd Herr werden, wird die Bevölkerung für dumm verkauft. Wir gehen von einem idealtypischen Familienbild aus, das es nicht mehr gibt. Viele Ehen werden geschieden oder bleiben kinderlos. Es geht da nicht nur um die selbstgewählten Singles, es geht auch um die 80-jährige Mutter oder den 90-jährigen Vater, deren Kinder auch schon 60 oder 70 sind. Was fehlt, ist eine ehrliche Diskussion über das Thema: Wenn wir auf der einen Seite Milliarden in den medizinischen Fortschritt stecken, der dazu führt, dass wir immer älter werden, dann muss es auch würdevoll zu Ende gehen können. Und auch dafür muss genügend Geld da sein!

SZ: Herr Brossardt, die Alten werden immer älter, die Pflegebedürftigen immer zahlreicher und die Jungen immer weniger. Was kann die Wirtschaft tun?

Brossardt: Zunächst mal ist es nicht die primäre Aufgabe der Wirtschaft, die Folgen des demographischen Wandels abzufedern. Aber natürlich haben Unternehmen in gesellschaftlichen Fragen auch Verantwortung. Wir müssen versuchen, Arbeitszeiten stark zu flexibilisieren. Darin sind wir schon weit vorangekommen: Wir haben ein Teilzeit- und Befristungsgesetz. Das ermöglicht, Arbeitszeiten kurzfristig zu verkürzen - logischerweise gegen die Reduzierung von Entgelt. Ich sehe die Aufgabe der Betriebe darin, auf solche Modelle hinzuweisen. Unternehmen sollten auch Familienservice und ähnliche Hilfestellungen anbieten. Aber das muss individuell innerhalb eines Betriebes organisiert werden. Den Versuch, das von Berlin aus auszurechnen, finde ich seltsam.

SZ: Es gibt schon die Möglichkeit, sechs Wochen unbezahlt frei zu nehmen.

Brossardt: Die nimmt doch kaum jemand in Anspruch. Was hat man von sechs Wochen? Meine Mutter war jahrelang pflegebedürftig, derzeit ist es mein Schwiegervater. Ich weiß, was das bedeutet. Und habe Respekt vor jemanden wie Ihnen, Frau Löbenfelder. Bei mir hat mein Bruder den Job für uns erledigt.

Löbenfelder: Ich habe die sechs Wochen auch nicht genutzt.

SZ: Was würde Ihnen denn helfen?

Löbenfelder: Das Sinnvollste wäre für mich eine Arbeitsplatzgarantie und die Möglichkeit, finanziell unterstützt mehr Zeit in die Pflege investieren zu können. Arbeitgeber denken ja heute schon bei Einstellungen: Die Frau ist in einem Alter, die könnte jetzt Kinder kriegen. Es wird nicht mehr lange dauern, da wird es heißen: Die Frau ist einem Alter, die könnte bald ihre Eltern pflegen müssen. Was habe ich denn da noch für berufliche Chancen?

SZ: Wenn Sie jetzt sehen, Herr Peter, was Frau Löbenfelder alles tut, um ihre Mutter vor dem Heim zu bewahren - wäre es nicht an der Zeit zu sagen: So schlimm ist es gar nicht?

Peter: Es gibt viele sehr gut geführte Heime, aber es gibt leider auch Heime, die man vom Markt nehmen müsste. Dazu fehlt der Mut. Lieber werden absurde Benotungssysteme erschaffen, bei denen die Heime über die Inhalte der Kontrolle mitbestimmen dürfen. Das ist grotesk.

SZ: Frau Löbenfelder, wollen Sie Ihre Mutter nicht in ein Heim geben?

Löbenfelder: Meine Mutter hat mich alleine großgezogen, und ich will das auch so lange stemmen, wie es geht. Wobei ich das nicht als Verpflichtung empfinde, sondern ich mache das gern. Irgendwann kommt man aber an die Grenzen. Einen dementen Menschen zu betreuen, das geht an die Psyche.

Peter: Dann werden Sie ein gutes Heim brauchen. Haben Sie schon eins gefunden?

Löbenfelder: Ich habe mir einige Heime angesehen, aber da musste ich mich fragen: Wie kann das sein? Letzte Woche kam eine Absage mit der Begründung, meine Mutter sei zu pflegeintensiv. Was erwarten diese Einrichtungen denn für eine Klientel? Die Menschen, die da reingehen, sind ja gerade hilfsbedürftig.

SZ: Sie haben sich auch ein Heim der Münchenstift angesehen, oder?

Löbenfelder: Ja. Bei der Besichtigung erklärte ich der zuständigen Mitarbeiterin dort, ich hätte einen dementen Menschen, der orientierungs- und hilflos ist. Sie zählte mir alle möglichen Angebote auf: Gymnastik, Spiele, einen schönen Garten. Auf jedes dieser Angebote fragte ich: Wie kommt meine Mutter dahin? Sie weiß ja nicht, dass heute Dienstag ist und dass jetzt 15 Uhr ist und dass dienstags um 15 Uhr Sitzgymnastik ist. Da wurde mir immer nur gesagt: Da müssen Sie sich selber drum kümmern. Aber ich bin berufstätig, wie stellen die sich das vor?

Peter: Das ist natürlich blöd. Blöd und falsch. So eine Aussage schreckt die Leute ab, und sie stimmt auch nicht. Aber, wenn ich schon auf Anhieb keine Lösung habe, dann hätte man sagen müssen: Machen Sie sich keine Gedanken, wir finden eine Lösung. Wenn Sie keine Zeit haben, dann suchen wir zur Not einen Ehrenamtlichen. Die Praxis spricht Bände, dass das funktioniert.

SZ: In Vorträgen sprechen Sie, Herr Peter, immer wieder darüber, dass man ohne hohen Kostenaufwand große Verbesserungen erreichen könne. Warum tun sich viele Heime damit so schwer?

Peter: Die Frage, was man tun kann, beginnt mit Banalitäten: Es gibt immer noch Häuser, die Bewohner nicht siezen. Ich kann auch als Mitarbeiter nicht die Tür aufreißen, sondern ich klopfe an. Ich möchte nicht, dass Radioprogramme laufen, die die Mitarbeiter mögen, sondern die, die den alten Leuten gefallen. Ich möchte auch, dass der Sonntag ein besonderer Tag ist. Dass in einer Welt, wo mittlerweile alles gleich riecht, Kräutertöpfe auf dem Tisch stehen. Das sind Kleinigkeiten, die wenig kosten, aber viel bewegen. Man macht sich die Ar-

beit leichter, wenn man alte Menschen nicht wie Kinder behandelt. Aber man muss da immer hinterher sein. Sonst passieren Dinge, wie sie Frau Löbenfelder im Haus der Münchensstift erlebt hat. Letztlich kommt man nicht umhin, festzustellen, dass auch gute Heime Fehler machen. Es gibt kein Heim, das rund um die Uhr hervorragende Leistung liefert.

SZ: Für die Pflegeberufe wurden Mindestlöhne festgelegt: 8,50 Euro im Westen, 7,50 im Osten. Ist das zu bezahlen?

Peter: Wir zahlen mehr. Nur ich frage mich: Wie will man den Berufsstand Altenpflege aufwerten, wenn man den Leuten netto 1040 Euro im Monat zahlt - bei einer 38,5-Stunden-Woche? Dafür kann man keine qualifizierte Arbeit erwarten. Ich war empört, wie sich alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen gegenseitig für diesen Mindestlohn auf die Schulter geklopft haben.

SZ: Herr Brossardt, glauben Sie, dass Mindestlöhne in der Pflege den Beruf attraktiver gestalten werden? Lässt sich so mehr qualifiziertes Personal gewinnen?

Brossardt: Grundsätzlich lehnen wir gesetzliche Mindestlöhne ab. In der Pflege befürworten wir sie aber, weil wir eine Abwärtsspirale befürchten, sobald 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU in Kraft tritt. Insofern ist das, was jetzt gemacht wurde, ein guter Schritt. Wir müssen uns aber auch fragen, was finanzierbar ist. Der Mindestlohn geht schon darüber hinaus.

Peter: Darf ich Ihnen widersprechen? Wir bewegen uns in einem Markt, in dem wahnsinnig viel Geld verdient wird. Wenn Sie für eine Person in der Pflegestufe drei im Monat 3600 Euro auf den Tisch bekommen, da bleibt was übrig. Ich weiß, wovon ich rede.

SZ: Und was machen Sie mit diesem übrigen Geld?

Peter: Wir haben das Glück, dass wir zu 100 Prozent der Landeshauptstadt München gehören, bei uns geht das alles in Qualität. Ich habe ja auch nichts dagegen, dass der, der privat ein Heim betreibt, daran verdient. Nur ich möchte dafür Qualität haben. Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer hat kürzlich gesagt: Gute Pflege kostet Geld. Ich sage: Schlechte leider auch.

SZ: Wie viel zahlen Sie denn?

Peter: Wir haben über den Tarifvertrag öffentlicher Dienst einen Mindestlohn, der liegt bei etwa elf Euro die Stunde. Dann haben wir noch einen Sanierungstarifvertrag, da liegen wir bei über zehn Euro. Bei Pflegehilfskräften 1700 Euro brutto im Monat finde ich immer noch wenig, es ist aber marktüblich. Und das schafft ein Problem, vor dem wir heute schon stehen: Wir haben das Personal nicht mehr. Wir springen immer weiter in die Ostländer. Irgendwann werden wir in Tadschikistan nach Pflegern suchen. Bei unseren Mitarbeitern haben wir derzeit einen Ausländeranteil von knapp unter 30 Prozent.

Brossardt: Darin kann ich nichts Schlechtes sehen.

Peter: Ich sage ja auch kein Wort gegen die Kollegen mit Migrationshintergrund. Aber wir reden hier von der Arbeit rund um die Uhr Mensch mit Mensch. Das ist was anderes, als wenn Sie in einer Fabrik am Fließband stehen. Wir haben das Problem, dass wir das Prinzip "Mann pflegt Mann", "Frau pflegt Frau" und "Kulturkreis pflegt Kulturkreis" nicht mehr durchgehend gewährleisten können. Das führt zwangsläufig irgendwann zu Spannungen.

SZ: Stimmt es denn, dass Sie für qualifiziertes Personal auch Kopfpauschalen zahlen?

Peter: Früher haben wir für jede gute neue Mitarbeiterin 1000 Euro gezahlt. Inzwischen sind wir schon bei 3000 Euro.

SZ: Könnten Sie den Mindestlohn privat zahlen, Frau Löbenfelder?

Löbenfelder: Das ist zu viel für mich, ganz klar.

SZ: Das heißt, Sie wären gezwungen, sich jemanden zu suchen, der das schwarz macht?

Löbenfelder: Rein theoretisch ja.

Brossardt: Aber Sie kriegen doch von der Pflegekasse was dazu.

Löbenfelder: Nur, wenn ich die Betreuung und Pflege über die Caritas oder ähnliche Träger regle. Aber die kommen halt gehetzt ins Haus, am besten noch mit dem Handy am Ohr, kümmern sich um die vereinbarte Pflege und Versorgung und gehen wieder. Da ist wenig Herzlichkeit zu spüren. Diese Pflegekräfte müssen leider mit der Stechuhr arbeiten. Da brauche ich mich nicht zu wundern, wenn meine Mutter nicht isst.

Peter: Außerdem bekommen Sie so gerade mal 40 Stunden Pflege in der Woche zusammen. Ihre Mutter bräuchte wahrscheinlich 24 Stunden am Tag.

Löbenfelder: Deshalb muss ich das anders regeln. Liebevoller, individueller. Aber das ist finanziell nicht machbar. Die Kasse zahlt in Pflegestufe II 280 Euro als Zuschuss, wenn ich meine Mutter in ein Heim gebe. Wenn ich sie zu Hause pflegen lasse, stehen uns nur 980 Euro für die öffentlichen Träger und Pflegedienste zu. Würde ich die Pflege komplett selbst übernehmen, würden meiner Mutter nur 420 Euro von der Pflegekasse zustehen. Da ist eine große Lücke.

SZ: Wie würde für Sie, Frau Löbenfelder, der ideale Pfleger aussehen?

Löbenfelder: Dass er oder sie Deutsch kann, ist nicht unwichtig. Ein Demenzkranker ist ja ohnehin häufig überfordert. Wenn ihm sein Gegenüber nicht sagen kann, was er oder sie erwartet, verunsichert das den Pflegebedürftigen noch mehr und setzt ihn unnötigem Stress aus. Wichtiger ist aber, dass die Einstellung zum Beruf passt. Es geht schließlich um die Arbeit mit hilfsbedürftigen Menschen, die sich der Situation ergeben müssen. Ich habe zwei Damen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, und die sind sehr kompetent und herzensgut. Meine Mutter und ich möchten sie nicht missen!

SZ: Wenn Sie in die Zukunft blicken, Herr Peter, was für alternative Modelle könnten helfen?

Peter: Es gibt viele gute Ansätze, zum Beispiel Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser. Aber wir sind in Deutschland ja in der Lage, gute Initiativen durch Auflagen abzuwürgen. Was Kontrolle und Vorschriften angeht, ähneln Pflegeheime mittlerweile Atomkraftwerken.

Moderation: Peter Fahrenholz, Charlotte Frank, Nina von Hardenberg

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010 , Seite 6

Gerd Peter

Menschen können sich auch in einem Heim wohlfühlen, davon ist der Leiter der Münchenstift-GmbH, Gerd Peter, überzeugt. Das Haus muss aber liebevoll geführt werden und auf die Bewohner eingehen. Der 63-Jährige führt seit 1995 die Tochtergesellschaft der Stadt München, zu der 13 städtische Alten- und Pflegeheime und ambulante Pflegedienste gehören. Er brachte das schwer defizitäre Unternehmen in die schwarzen Zahlen. Ein gutes Heim muss nicht teuer sein, sagt Peter. Oft geht es um Kleinigkeiten, wie ein schönes Frühstück oder Kräutertöpfe auf den Tischen. 1600 Menschen arbeiten bei der Münchenstift-GmbH, weitere - vor allem Pflegekräfte - werden gesucht. Gute Pfleger seien kaum zu finden, so Peter. Sein Heim zahlt inzwischen Vermittlungsprämien.

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010 , Seite 6

Karin Löbenfelder

Sie ist eine jener Frauen, die Familienministerin Kristina Schröder mit ihrem Vorstoß für eine Pflege-Teilzeit entlasten will: Karin Löbenfelder arbeitet in Vollzeit als Bereichs-Assistentin bei der Versicherungsgesellschaft Münchener Rück. Nebenher pflegt sie seit mehr als zehn Jahren zu Hause ihre demenzkranke Mutter. Für Löbenfelder ist das keine Verpflichtung, sondern eine Selbstverständlichkeit, die sie gerne tut: "Meine Mutter hat mich alleine großgezogen, und ich werde das auch so lange stemmen, wie es geht." Doch die 41-Jährige kommt an ihre Grenzen: "Einen dementen Menschen zu betreuen, das geht an die Psyche." Wenn die Mutter noch kränker wird, wird sie sie in ein Heim geben müssen. Löbenfelder hat darum einige Häuser besucht. Was sie sah, hat sie empört.

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010 , Seite 6

Bertram Brossardt

Der gebürtige Pfälzer hat sein ganzes bisheriges Berufsleben in den Dienst der bayerischen Wirtschaft gestellt, und aus dieser Perspektive argumentiert er auch, wenn er Schröders

Pflegezeit als "Bürokratiemonster" verurteilt. Der studierte Jurist arbeitete viele Jahre im Wirtschaftsministerium des Freistaats. Er war dort unter anderem für Außenwirtschaft und Standortmarketing zuständig. Seit 2005 ist Brossardt Hauptgeschäftsführer des Verbandes der bayerischen Wirtschaft - und so treiben den 50-Jährigen immer noch die Probleme der bayerischen Unternehmen um. Deshalb lehnt er die geplante Pflegezeit ab: Die Kosten eines solchen Vorschlags blieben an den Unternehmen hängen, weil diese zunächst einen höheren Lohn für weniger Arbeit zahlen sollen, warnt er.

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.82, Samstag, den 10. April 2010 , Seite 6